

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
36 (1922)**

80 (4.4.1922)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-453044](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-453044)

36. Jahrgang

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 21,75 Mark, dazu 2.25 Mark Bringerlohn, bei Abholen von der Expedition 22.00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 60.00 Mark, monatlich 20.00 Mark ausschließlich Postgebühren.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Diensing, 4. April 1922 * Nr. 80

Redaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Preis 1 Mk.

Bei den Inseraten wird die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rühringen - Wilhelmshaven und Umgegend mit 100 Pfennig berechnet, für auswärtige Inserenten 1.50 Mk. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatte. Einzelne im Reklameteil die Millimeterzeile 5.00 Mark

Löbe über den Reichstag.

Die gähnende Leere. - Die mangelnde Originalität. - 39 Ausschüsse! - Mißbrauch der Redefreiheit. - Eintönige Selbstgespräche. - Trockene Vorlesungen. - Hauptsache: es kommt in die Presse. - Ausschreitungen links und rechts. - Das neue Disziplinarmittel. - Entziehung der Tagegelder.

An der uns getrennt ausgegangenen Beilage „Der getreue Goliath“ finden wir einen Aufsatz des Reichstagspräsidenten über das Bild, das ein Reichstag im allgemeinen bietet. Wir gehen die Ausführungen über, die unsere Leser sicher interessieren werden, nachfolgend wieder. Wie schriftlich: Der deutsche Reichstag, der zum ersten Male den monumentalen Raum am Königsplatz in Berlin beschreitet, empfängt inmitten der hohen Hallen und aufstrebenden Pfeiler, der manderlei Einzierungen an vergangene Reichstagsperioden, den Eindruck einer feierlichen Würde, die das Haus umgibt, in dem die Staatsgewalt des deutschen Volkes ihre erste Verwirklichung findet. Jeder fähige dieser Eindruck nicht selten im Gegenteil ein, wenn er von der Jubelstimmung des großen Sitzungssaales einen Blick auf die eigentliche Beratungsstätte des Parlamentes wirft, auf die Leere, die ihm entgegengeht, wenn er die Unvollständigkeit und die Wiederholungen vieler dort gehaltener Reden unmittelbar empfindet und auch - leider muß es ohne Gefahr werden - oft genug an dem Benehmen der Abgeordneten Seiten erblickt, die er bei den „Ausschüssen“ des deutschen Volkes nicht vorzuziehen konnte. Schöne Rede, in der die Rede im Reichstag nicht vorzuziehen konnte. Schöne Rede, in der die Rede im Reichstag nicht vorzuziehen konnte.

selbst an diesen schließt es nach drei oder vier Stunden der Aussprache fast wieder ein. Wir müssen wieder hierher zurück kommen, wenn die Aussprachen im Plenum des Reichstages ihren alten Wert wiedererlangen sollen. Die Sitzung der Reichstag auf dreizehn Stunden für die einzelne Rede wird in der neuen Geschäftsordnung des Reichstages vorgeschrieben, die in einigen Wochen in Kraft treten soll. Das und die Kongestion auf den zur Debatte stehenden Punkt, kann nur von der Selbsttätigkeit der Redner herbeigeführt werden. Denn wenn bezüglich genannter können heute alle inner- und außerpolitischen Probleme, alle finanziellen und wirtschaftlichen Fragen zu rasig zusammen, daß man fast bei jedem Ansatze über alles andere reden kann und jeder auch redet, ungeachtet der hundertfältigen Wiederholungen, deren sich die Redner dabei schuldig machen.

Ein trübes Kapitel, das leider bei dieser Betrachtung nicht übergangen werden kann, sind die Verträge gegen die parlamentarischen Witten, die in einer häufigen und Verdacht verdient werden, wie sie vor dem Krieg mit seiner Vergrößerung vieler Umgestaltungen doch nicht möglich waren. Und wenn man auch oft geneigt ist, die Vertreter hiesiger reformistischer Ausschreitungen immer an einer bestimmten Seite des dabei gar nicht hohen Hauses zu suchen, so muß doch um der Gerechtigkeit willen gesagt werden, daß gewisse Erfolge auf diesem Gebiete bei allen Mängeln des Parlamentes festzustellen sind und doch öfter als man denkt ein Mangel den anderen zu seinen mehrfachen Ausschreitungen heraufbesordert. Eine Stellung haben es, als seien einzelne Vorkämpfer auf der äußersten Linken gewollt, anderen das Recht zur Vertretung ihrer Ansichten durch Gesetze und gesamtstaatliche Maßnahmen gänzlich zu unterbinden und so das Parlament oder seine entscheidende Mehrheit an löschlicher Arbeit zu verhindern. Diese Vorkämpfer haben die Geschäftsordnungskommission veranlaßt, neue Disziplinarmittel gegen renitente Mitglieder vorzuschlagen. Dieser sah außer dem Ehrenruf die Verweigerung des Abgeordneten aus dem Saale in Frage. Letztere ein besonders schickliches Mittel dieser im beschämenden Maße keine Folge, dann war der Präsident bzw. das Haus der leidtragende Teil, er mußten nachgeben und die Sitzung aufheben - die Sitzung blieb bestehen. Der Fall war früher nicht bedenklich, denn er ist in der fünfzigjährigen Geschichte des Reichstages wohl nur ein einziges Mal vorgekommen, könnte sich aber jetzt jede Woche wiederholen, wenn die etwas sehr weitgehende und auf die Dauer nicht zu rechtfertigende Richtlinie des Präsidenten gegenüber großen Ausschreitungen aufhört. Es war notwendig, die Disziplinarmittel zu ergreifen, sei es auch nur, um ihre Anwendung als Vorbeugung gegen weitere Ausschreitungen zu gebrauchen. Der Geschäftsordnungsausschuß hat sich bisher darauf beschränkt, die Entziehung der Tagegelder bis zu 20 Tagen vorzuschlagen. Es soll in Anwendung kommen, wenn ein Abgeordneter die Ordnung gänzlich verletzt und den darauf ergebenden Wünschen des Reichstages keine Folge teilt. Man hofft, daß das Verbot dieser Bestimmungen, um eine Wiederholung der letzten Ungehörlichkeiten zu verhüten und auch dem Disziplinarmittel und dem Redner zu zeigen, daß er sich innerhalb gesetzlicher Formen halten muß. Oft, wenn diese Maßnahmen nicht genügen, soll den weiteren Anträgen Folge gegeben werden, die auf eine Fernhaltung des gemäßigten Abgeordneten aus dem Reichstagsgebäude, wenn nötig mit Gewalt, hinauszielen. Bekanntlich sind die Disziplinarmittel des parlamentarischen Parlamentes, wo eine militärische Parlamentskommission besteht, und des englischen Unterhauses, wo eine Geschäftsstelle für renitente Abgeordnete vorhanden ist, noch erheblich weiter, brauchen aber seit Jahrzehnten nicht mehr angewendet zu werden.

Niemand im Deutschen Reichstage wünscht, daß die Notwendigkeit eintritt, die jetzt vorgeschlagenen Disziplinarmittel zur Anwendung zu bringen. Den Vorwurf einer parteilichen Doppeldeutung der Geschäftsordnung einer übertriebenen Strenge wird man im Ernst den Verhandlungsleitern unseres Reichstages nicht machen wollen. Die Stellung des deutschen Parlamentes in der neuen Verfassung erfordert es aber, daß es seine Würde besser als gegenwärtig wahrnehmen will, freilich wird das nur zum geringeren Teil durch schickliche ordnungsmäßige Bestimmungen erreicht werden. Dem mäßigsten Anteil daran muß Selbsttätigkeit, Ernst und Würde der Männer beitragen, die das Volk mit einem so hohen Ehrenamt betraut hat. Zeit diese Selbsttätigkeit nicht ein, dann wird sich der Reichstag nicht nur um sein Ansehen, sondern auch um seinen Einfluß im deutschen Staatsleben bringen.

Kommunistenkonferenz in Weimar.

Nach einer Sitzung der Berliner „Röten Räte“, dem kommunistischen Zentralorgan, fand am Sonntag in Weimar eine Versammlung zwischen den kommunistischen Fraktionsvorständen der Deutschen aller Länder statt. Neben der Reichstagsfraktion waren vertreten die Fraktionen aus Bremen, Bayern, Barmen, Berlin, Sachsen, Thüringen, Anhalt, Hessen, Hamburg und Groß-Berlin. Die Aussprache ergab ansehnlich Richtlinien über das gemeinsame Vorgehen in den Ländern mit sozialistischen Regierungen, auch unter dem Gesichtswinkel der Schaffung eines roten Blocks gegenüber der Reichsregierung und gegenüber Bayern.

Die Konferenz der drei Exekutiv-Komitees

(Ein Berliner Drahtbericht.) Die für Montag vormittag 10 Uhr anberaumte Weiterberatung der internationalen Sozialistenkonferenz wurde nach einem Sitzungspausen von 1 1/2 Uhr selbsteinst. Auch diese Konferenz mußte verschoben werden, da während der Beratungen zwischen dem französischen und dem Wiener Arbeitergemeinschafter der Brief des Exekutiv-Komitees der Moskauer Internationalen abgelesen wurde, dessen Inhalt auf gemeinsamen Beschluß der beiden Internationalen zunächst beraten werden sollte. Der Brief besagte, daß sich die Vertreter Moskauer einigten mit der am Sonntag geführten Aussprache befristet haben und sich von einer endgültigen Entscheidung der Diskussion keine Verheißung versprechen könnten. Die beiden Beratungen werden deshalb gestrichelt, ob sie bereit sind, auf einem Kongreß, wie er von kommunistischer Seite vorgeschlagen wird, zu erscheinen, oder welche weiteren Maßnahmen sie sonst beschließen.

Der Brief fand in einer gemeinsamen Radmitsitzung zwischen 2 Internationalen und Internationalen 3 und 2, zur Beratung. Wegen 3 Uhr wurde die gemeinsame Sitzung ohne ein endgültiges Ergebnis aufgehoben, damit die Exekutiv-Komitees Gelegenheit zur Einzelberatung erhalten.

Der sozialdemokratische Parlamentarier schreibt: In der Debatte Sonntag hatte Kappel versucht, zwischen den Exekutiv-Komitees in Deutschland und denen in Rußland eine Parallele herzustellen. Er verglich das Schicksal der russischen Sozialisten und Sozial-Revolutionäre mit jenem, welches die Kommunisten in Deutschland erlitten hätten. Wichtig ist nur so viel, daß bei der Rückeroberung kommunistischer Schlüssel in Deutschland von einzelnen Truppenheiten mit überflüssiger Grausamkeit vorgegangen wird, was niemand schärfer kritisiert hat, als die Sozialdemokratie. Wichtig ist, daß von dem letzten mitteldeutschen Aufstand her, d. h. seit ungefähr einem Jahr, sich noch zahlreiche Ereignisse in den Gefängnissen befinden, deren Regeneration von der Sozialdemokratie gefordert wird, und erst am Ende, wenn auch ziemlich großen Zeit verstrichen ist, werden über ihnen man solche Dinge tragen mit den Vorgesetzten in Rußland verglichen.

Die deutschen Kommunisten haben ihre Zeitungen, in denen sie schreiben können, und sie wollen, sie halten in geschlossenen Versammlungsräumen und unter freiem Himmel ihre Versammlungen ab, sie haben den Reichstag, die Landtage und die Stadtparlamente, die Kreisparlamente, in denen sie soviel reden, daß neben ihnen andere Redner kaum noch zu Worte kommen. Die Reden die Möglichkeit, bei allen Schlägen zu agitieren, wie sie wollen und wenn es ihnen genügt, die Wahrheit des Falles auf ihre Seite zu bringen, würden sie da auch die Regierung übernehmen. In Rußland haben die nichtsozialistischen Sozialisten keine Möglichkeit, auch nur einen freien gedruckten Papier herauszubringen. Sie können, ohne sich den schwersten Verfolgungen aussetzen, nicht öffentlich sprechen, sie sind in jeder Beziehung vollkommen rechtlos und wehrlos. Gätten sie nur ein Scheit der Freiheit, die bei uns die Sozialisten genießen, so würden sie das als einen gemäßigten Fortschritt anerkennen. Aber auch dieses ein Scheit der Freiheit wird ihnen verweigert. Die Mitglieder der 2 Internationalen dürften kein menschliches Herz in der Brust haben, sie müßten daran verzweifeln, als Sozialisten für politische Meinungsfreiheit zu kämpfen, wenn sie es unterlassen wollten, sich zu Juriprudenten der Gassen zu machen, die als arbeitsfähige Flüchtlinge nach Rußland zu ihnen kommen.

Was Poincaré will.

In der französischen Kammer machte gestern der französische Ministerpräsident Ausführungen über die kommende Genuever Konferenz. H. a. erklärte er in bezug auf Deutschland: „In Genueve könne Deutschland weder über den Betrag der französischen Forderungen diskutieren, noch den Versuch machen, sich auf diese oder jene Weise zu stellen, um die einmütige Entscheidung über die Genuever Konferenz auszuschieben. Weiterhin habe er erklärt, daß man nicht der Genuever Konferenz die Schuld an der Krise zuschreiben dürfe. Das sei übertrieben. Frankreich könne sich zu beratenden Diskussionen nicht hergeben. Es werde in Genueve die in Deutschland häufig ansprechende Auffassung vertreten „versteht!“ Und wenn man davon abstehe, dann erlange Frankreich seine Freiheit wieder.“

Diese hier aufgestellte Forderung der französischen Regierung ist nicht neu, wir haben sie schon einmal erwähnt und wir haben feierlich schon betont, daß die Genuever Zusammenkunft diesen Zweck nicht erreichen würde, wenn sie in der Lage sein wird, für Deutschland neuereinstellte Forderungen entgegenzusetzen. Also ist es schon möglich, daß Poincaré recht behält.

Lloyd George über Genueve.

Im englischen Unterhaus sprach sich gestern der englische Premierminister im gleichen Sinne wie Poincaré in der französischen Kammer. Lloyd George sagte: Eine Vereinbarung, wie die in Genueve, sei nicht geeignet, bestehende Verträge einer Revision zu unterziehen, auch dann nicht, wenn dies wünschenswert wäre. Unweigerlich hätten die nach dem Versailles Vertrag abgemauerten Verhandlungen neue wirtschaftliche Schwierigkeiten herbeigeführt. Lloyd George behauptet, die Reparationen hätten eine wirtschaftliche Katastrophe nicht hervorgerufen. Die Schwere der Lage sei der Ursache auszufinden, daß Frankreich und Belgien gezwungen wurden. Wenn der Versailler Vertrag wiederholte würde, so würden die Verträge von Deutschland auf Frankreich und Belgien erlassen. Wenn bei den Verhandlungen der Verhandlung die Tragfähigkeit eines durch den Krieg erschöpften Landes überfordert wird, so würde die Kritik beschleunigt, was in Deutschland ohne Grenzen wäre. Aber zweitens ist es unmöglich, daß Deutschlands äußerliche Zahlungsfähigkeit nicht nach seiner Fähigkeit in der Gegenwart zu beurteilen sei, wo es ebenso wie die übrigen Länder Europas die Ordnung von den Grundsätzen durch den Krieg müde habe. Nach diese Dinge sei nicht dazu angetan, in Genueve entschieden zu werden. Frankreich kann auf kein Recht bei Entscheidung nicht verzichten. Diese Dinge kann dem Genuever Konferenz, auf der Deutschland, Österreich, Ungarn, Rußland und die Neutralen vertreten sind, nicht unterbreitet werden.

